

Flughafen Wien: Verdacht auf Amtsmissbrauch

22.12.2009 | 18:38 | Kid Möchel (wirtschaftsblatt.at)

Rund um den Ausbau des Flughafens Wien ist bei der Staatsanwaltschaft Wien ein neues Ermittlungsverfahren anhängig. Gegen acht Beamte werden Vorwürfe erhoben.

Der Ausbau des Flughafens Wien sorgt für weitere Turbulenzen. Bei der Staatsanwaltschaft Wien ist unter der Aktenzahl 39 St 227/09y ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs anhängig. Im Mittelpunkt stehen ein Ministerialrat des Verkehrsministeriums und sein technischer Gutachter, vier Mitarbeiter der niederösterreichischen Landesregierung, der niederösterreichische Umweltschutzanwalt und der Bezirkshauptmann von Wien-Umgebung. Der Verdacht: Amtsmissbrauch. Die Angezeigten sollen jahrelang den systematischen Ausbau des Flughafens Wien ohne Durchführung verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfungen genehmigt haben. Der Flughafenausbau soll nicht als UVP-pflichtiges Gesamtprojekt geprüft, sondern in einzelne Teilprojekte zerlegt worden sein.

Vor allem die beiden Beamten des Verkehrsministeriums sollen dabei „mit mehreren erlassenen Bescheiden ihr Amt missbraucht und die Republik Österreich bzw. die vom Flughafenausbau Betroffenen in ihren Rechten geschädigt haben“.

Dem Vernehmen nach wurden und werden die Vorwürfe aber bestritten.

Schlüssige Fakten

Die Strafanzeige eines Flughafen-Anrainer-Ehepaares, die aus der Feder der Wiener Anwältin und EU-Rechtsexpertin Susanne Heger stammt, wurde ursprünglich bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft (KStA) eingebracht, die im Jänner 2009 installiert wurde. Sie trat aber den Fall an die Wiener Anklagebehörde ab, da die Vorwürfe großteils den Zeitraum 1997 bis 2007 betreffen. „Die in der Sachverhaltsdarstellung angeführten Bewilligungs- und Feststellungsbescheide und ihre Erlassung durch die genannten Personen bedürfen in Zusammenschau mit der von der Anzeigerin dokumentierten schrittweisen Umsetzung des ‚Masterplans 2015‘ durch die Flughafen Wien AG nach amtlicher Ansicht weiterer Erhebungen und der Durchführung eines Ermittlungsverfahrens nach der Strafprozessordnung, um sie einer abschließenden strafrechtlichen Beurteilung unterziehen zu können“, heißt es in einem sogenannten Anordnungsbogen der Korruptionsstaatsanwaltschaft an die Wiener Kollegen.

Gesetze umgangen?

„Sämtliche involvierten Behörden sollen systematisch dafür gesorgt haben“, heißt es in dem Schreiben der KStA weiter, „dass die Ausbaumaßnahmen (Skylink, Parkplätze, Pisten, Handling Center West, Air Cargo Center) über die Jahre 1997 bis 2007 nicht als Gesamtprojekte eingestuft wurden, sondern jeweils einzeln ohne Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genehmigt wurden.“ So auch das Teilprojekt „Skylink“ durch die Landesregierung Niederösterreichs. Insgesamt sollen seit 1999 mehr als eine Milliarde € in die Ausbaumaßnahmen investiert worden, „die keiner UVP unterzogen worden wären“.

Erhöhung der Kapazität

Laut KStA werde in der „umfangreichen und umfassend recherchierten Sachverhaltsdarstellung“ die kontinuierliche Steigerung der Kapazität des Flughafens anhand der Flughafen-Geschäftsberichte 1995 bis 2008 erläutert.

Zugleich berufen sich die Anzeiger auf eine gutachterliche Stellungnahme eines renommierten Professors der Technischen Universität Wien: „Die Flughafenausbauten sind als Gesamtpaket zu sehen, die im Ablauf serieller Prozesse für eine höhere Gesamtleistungsfähigkeit des Flughafens sorgen, wenn sie in dieser kompakten zeitlichen Abfolge umgesetzt werden.“

EU-Verfahren anhängig

Dass gegen die UVP-Pflicht verstoßen wurde, bescheinigt schon die Europäische Kommission, die ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich eingeleitet hat. Da die meisten Ausbauten schon abgeschlossen sind, ordnete die EU eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung an – „mit Blick auf mögliche Entschädigungsmaßnahmen“, wie der EU-Ombudsmann Nikoforos Diamandouros vor wenigen Tagen bestätigte. Doch bei dieser Ex post-UVP stieß der EU-Ombudsmann auf „verschiedene Probleme“. So wurde mit dem Verkehrsministerium „dasselbe Ministerium mit der Prüfung beauftragt, das einige der Genehmigungen für

den Flughafen erteilt hat“.

© Wirtschaftsblatt.at